

„Wir können jeden verhaften, den wir wollen“

Zusammenfassung des Berichtes von Human Rights Watch vom 07.12.2022

<https://www.hrw.org/report/2022/12/07/we-can-arrest-anyone-we-want/widespread-human-rights-violations-under-el>

Inoffizielle und unverbindliche Übersetzung der El Salvador-Koordinationsgruppe von Amnesty International

Zwischen 24. und 27. März 2022 wurden in El Salvador 92 Menschen getötet, offenbar von Banden. Diese Morde, die den schlimmsten Höhepunkt tödlicher Gewalt in der jüngeren Geschichte des Landes darstellten, waren eine düstere Erinnerung an das Versagen El Salvadors, nachhaltige und die Rechte achtende Maßnahmen zu ergreifen, um der Pflicht nachzukommen, die Bevölkerung vor chronischer Bandengewalt zu schützen.

Als Reaktion darauf verhängte die gesetzgebende Versammlung auf Ersuchen von Präsident Nayib Bukele umgehend einen 30-tägigen "Ausnahmestand", mit dem eine Reihe verfassungsmäßiger Rechte außer Kraft gesetzt wurden, darunter das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Schutz der Privatsphäre in der Kommunikation und das Recht, über den Grund einer Verhaftung informiert zu werden, sowie die Vorschrift, dass jede verhaftete Person innerhalb von 72 Stunden einem Richter vorgeführt werden muss. Das Parlament, in dem die Partei "Neue Ideen" (Nuevas Ideas) von Präsident Bukele über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, hat auch die Gesetzgebung zur Terrorismusbekämpfung in einer Weise ausgeweitet, die gegen die Grundrechte verstößt, u. a. dadurch, dass Richter und Staatsanwälte Kinder ab 12 Jahren zu Haftstrafen verurteilen dürfen.

Zwischen März und November haben Polizei und Militär Hunderte von wahllosen Razzien durchgeführt, vor allem in einkommensschwachen Vierteln, und dabei mehr als 58.000 Menschen verhaftet, darunter mehr als 1.600 Kinder. Die Sicherheitskräfte haben häufig Gemeinden ins Visier genommen, in denen die Menschen seit Jahren unter Unsicherheit und mangelnden Wirtschafts- und Bildungschancen leiden.

Dieser gemeinsame Bericht von Human Rights Watch und Cristosal dokumentiert weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen, die während des Ausnahmestands begangen wurden, den das Parlament acht Mal verlängert hat und der zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch immer in Kraft ist. Zu diesen Menschenrechtsverletzungen gehören willkürliche Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen, Folter und andere Misshandlungen von Gefangenen sowie erhebliche Verstöße gegen das Recht auf ein ordentliches Verfahren. Darüber hinaus lassen die Umstände vieler Todesfälle in Haft während des Ausnahmestands auf eine staatliche Verantwortung für diese Todesfälle schließen.

Im Zeitraum zwischen März und November 2022 befragten Human Rights Watch und Cristosal mehr als 1.100 Personen aus allen 14 Departments El Salvadors, auch während eines Besuchs von Human Rights Watch in San Salvador im Oktober. Zu den Befragten gehörten Missbrauchsoffer, ihre Angehörigen und Anwält*innen, Zeug*innen, Staatsanwält*innen, Richter*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Regierungsbeamte. Wann immer es möglich war, prüften die Forscher*innen auch einschlägige Fallakten, Krankenakten und Totenscheine und zogen in einigen Fällen internationale Gerichtsmediziner*innen hinzu.

Wir stellten fest, dass es sich bei den Menschenrechtsverletzungen nicht um isolierte Vorfälle durch skrupellose Täter*innen handelte. Vielmehr wurden ähnliche Verstöße wiederholt und landesweit über einen Zeitraum von mehreren Monaten sowohl vom Militär als auch von der Polizei begangen.

Die offizielle Politik und die Rhetorik hochrangiger Regierungsvertreter*innen, darunter Präsident Bukele, der die Nationale Zivilpolizei und die Streitkräfte befiehlt, haben in einigen Fällen zu Verstößen ermutigt.

Zwischen März und Ende September scheinen einige Polizeikommandeure eine Quotenpolitik eingeführt zu haben, die von Polizist*innen verlangte, täglich eine bestimmte Anzahl von Personen zu verhaften. Anstatt Maßnahmen zu ergreifen, um missbräuchliche Verhaftungen zu verhindern, hat der Präsident die Sicherheitskräfte öffentlich unterstützt und gegenüber den wenigen verbliebenen unabhängigen Richter*innen und Staatsanwält*innen im Land, die Verstöße untersuchen könnten, auf einschüchternde Weise gehandelt. Außerdem hat er eine entmenschlichende Rhetorik gegenüber Inhaftierten und ihren Familien gepflegt und unabhängige Journalist*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen, die Missstände dokumentieren, stigmatisiert.

Trotz dieser Bilanz ist Präsident Bukele weiterhin sehr beliebt, vor allem weil sich einige Gewaltindikatoren kurzfristig verbessert zu haben scheinen. Die Zahl der Tötungsdelikte, die in El Salvador seit 2015 rückläufig war, ist weiter gesunken, auch wenn es aufgrund von Regierungsbeschränkungen beim Zugang zu Daten über Tötungsdelikte und andere Daten sowie aufgrund von Änderungen bei der Zählung von Ermordungen schwieriger ist, das wahre Ausmaß des Rückgangs und die Prävalenz anderer Straftaten abzuschätzen.

Die Kampagne der Behörden mit massenhaften, wahllosen Verhaftungen hat dazu geführt, dass Hunderte von Menschen inhaftiert wurden, ohne dass eine Verbindung zu den kriminellen Aktivitäten der Banden erkennbar war. In vielen Fällen scheinen die Verhaftungen auf dem Aussehen und dem sozialen Hintergrund der Verhafteten zu beruhen oder auf fragwürdigen Beweisen, wie anonymen Anrufen und unbestätigten Behauptungen in sozialen Medien. In diesen Fällen zeigten die Polizisten und Soldaten den Personen weder einen Durchsuchungs- noch einen Haftbefehl vor und informierten sie oder ihre Familien nur selten über die Gründe für ihre Festnahme. Eine Mutter, die Zeugin der Festnahme ihres Sohnes wurde, sagte, dass Polizeibeamte zu ihr sagten: "Wir können jeden festnehmen, den wir wollen."

In einigen Fällen von Personen, die von den Sicherheitskräften festgenommen wurden, weigerten sich die Beamten, Informationen über den Verbleib der Festgenommenen zu geben, was nach internationalem Recht einem Verschwindenlassen gleichkommt. Die Behörden machten diese Opfer schutzlos und bereiteten ihren Familienangehörigen unmenschliche und missbräuchliche Unsicherheit und Leid.

Der Mangel an Informationen über den Verbleib der Inhaftierten und ihre Haftbedingungen veranlasste Hunderte von Menschen, meist Frauen, vor den Hafteinrichtungen zu übernachten, in der Hoffnung, etwas über ihre Angehörigen zu erfahren. In vielen Fällen wurde durch die scheinbar willkürliche Verhaftung von Hauptverdiener*innen das Einkommen von Familien, die bereits unter Armut und fehlenden wirtschaftlichen Möglichkeiten litten, stark geschmälert.

Bis November 2022 hatten Richter mehr als 51 000 Personen, die während des Ausnahmezustands verhaftet worden waren, wegen Bandenmitgliedschaft angeklagt und in Untersuchungshaft genommen, wobei sie häufig eine kürzlich erfolgte und missbräuchliche

Änderung des Strafgesetzbuchs anzuwenden schienen, die die obligatorische Untersuchungshaft ausweitete. Zweitausend Personen, d. h. weniger als 4 % der während des Ausnahmezustands inhaftierten Personen, wurden aus der Haft entlassen, häufig gegen Kautions.

Die Zahl der Gefangenen stieg von 39.000 im März 2022 auf schätzungsweise 95.000 im November. Die jüngsten öffentlichen Zahlen vom Dezember 2020 zeigen, dass die Gefängnisse in El Salvador Platz für 27.000 Personen bieten, weniger als ein Drittel der Ende 2022 tatsächlich inhaftierten Personen. Tausende wurden wochen- oder monatelang in Incommunicado-Haft (ohne Kontakt zur Außenwelt; Anm.d.Ü.) gehalten oder durften vor ihren Anhörungen nur wenige Minuten einen Anwalt sehen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts befinden sich viele weiterhin in Incommunicado-Haft.

Diese Masseninhaftierungen haben die seit jeher schlechten Haftbedingungen verschärft, einschließlich extremer Überbelegung, Gewalt und schlechtem Zugang zu Hilfsmitteln und Dienstleistungen, die für die Wahrung der Grundrechte unerlässlich sind, wie Nahrung, Trinkwasser und Gesundheitsversorgung. Einige der wenigen Personen, die aus der Haft entlassen wurden, berichteten von unmenschlichen Bedingungen und in einigen Fällen von Folter und anderen Formen der Misshandlung.

Nach Angaben der salvadorianischen Behörden sind während des Ausnahmezustands 90 Menschen in Haft gestorben. Die Behörden haben es versäumt, diese Todesfälle gründlich zu untersuchen. In einigen Fällen erhielten die Häftlinge, die im Gefängnis starben, keinen Zugang zu den von ihnen benötigten Medikamenten, wie Familienangehörige berichteten.

Richter*innen und Staatsanwält*innen verstießen wiederholt und in unzulässiger Weise gegen den Schutz des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren nach internationalem Recht, verletzen die Menschenrechte der Inhaftierten und machten es ihnen schwer, wenn nicht gar unmöglich, sich in Strafverfahren angemessen zu verteidigen. Die meisten Inhaftierten hatten Pflichtverteidiger*innen, die mit einer enormen Arbeitsbelastung konfrontiert waren und oft keine angemessene Verteidigung bieten konnten.

Die Anhörungen wurden in Gruppen durchgeführt, die zuweilen sehr groß waren und an denen bis zu 500 Häftlinge - oft virtuell - teilnahmen. Unter solchen Bedingungen ist es für Richter*innen, Staatsanwält*innen und Anwält*innen der Inhaftierten schwierig oder nahezu unmöglich, die Beweise und Argumente für jeden einzelnen Inhaftierten angemessen zu bewerten oder vorzutragen.

Diese weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen wurden durch den raschen Abbau demokratischer Institutionen durch Präsident Bukele seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 ermöglicht, so dass es praktisch keine unabhängigen staatlichen Stellen mehr gibt, die die Exekutive kontrollieren oder den Opfern von Misständen Rechtsschutz gewähren könnten.

Seit die Partei von Präsident Bukele im Mai 2021 eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erlangt hat, haben die Abgeordneten seiner Partei die Gewaltenteilung massiv untergraben. Sie haben alle fünf Richter der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs sowie den Generalstaatsanwalt kurzerhand abgesetzt und ersetzt und Gesetze verabschiedet, die es dem Obersten Gerichtshof und dem Generalstaatsanwalt ermöglichen, unabhängige Richter*innen und Staatsanwält*innen der unteren Ebene willkürlich zu versetzen oder zu entlassen.

Im September 2022 kündigte Präsident Bukele an, er werde sich 2024 zur Wiederwahl stellen, und berief sich dabei auf ein Urteil der neuen Verfassungskammer aus dem Jahr 2021, das von der langjährigen Rechtsprechung abwich, die die Verfassung so auslegt, dass eine sofortige Wiederwahl verboten ist.

Die Regierung Bukele hat auch die Transparenz und Rechenschaftspflicht untergraben, unter anderem durch die Schwächung der Behörde, die den Zugang zu öffentlichen Informationen gewährleisten sollte. Sie hat ein feindseliges Umfeld für Journalist*innen und Mitglieder der Zivilgesellschaft geschaffen, die zur Zielscheibe von digitaler und physischer Schikane, Überwachung, scheinbar fadenscheinigen strafrechtlichen Ermittlungen und anderen Angriffen geworden sind, weil sie über Korruption und Menschenrechtsverletzungen berichten. Präsident Bukele und andere Behörden haben die Glaubwürdigkeit unabhängiger Medien und zivilgesellschaftlicher Gruppen angegriffen und sie ohne jeden Beweis beschuldigt, "Bandenunterstützer" zu sein.

Präsident Bukele hat versucht, Menschenrechtsverletzungen als angeblich akzeptable "Fehler" zu rechtfertigen, die im Rahmen des von der Regierung so genannten "Kriegs gegen die Banden" begangen wurden. Er sagte auch, die Regierung werde "Richter beobachten, die Kriminelle bevorzugen", was offenbar ein Versuch ist, Richter*innen und Staatsanwält*innen davon abzuhalten, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen oder willkürlich inhaftierte Personen freizulassen.

Es gibt ernsthafte Gründe, die langfristige Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen von Präsident Bukele in Frage zu stellen. Strategien der eisernen Faust, die von früheren Regierungen erprobt wurden, haben sich als unwirksam erwiesen und mitunter zu mehr Gewalt geführt. Banden haben in der Vergangenheit von der Politik der Masseninhaftierung profitiert, indem sie Gefängnisse zur Anwerbung neuer Mitglieder nutzten. Das Versäumnis, sinnvolle Mittel in Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen zu investieren und gegen die illegale Wirtschaft und den Mangel an legalen wirtschaftlichen Möglichkeiten vorzugehen, die das Gedeihen der Banden ermöglichen, hat dazu beigetragen, dass sich die Spirale der Gewalt immer weiterdrehte.

Gleichzeitig bedeutet der Abbau der Unabhängigkeit der Justiz in El Salvador, dass die Opfer von Bandengewalt oder Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte, wenn überhaupt, nur wenig Zugang zu sinnvollen Rechtsmitteln haben werden.

Die Regierung von Präsident Bukele sollte die Sicherheit der Salvadorianer*innen gewährleisten, indem sie nachhaltige und die Rechte achtende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Zerschlagung der Banden ergreift, die nach wie vor für abscheuliche Übergriffe verantwortlich sind. Dies erfordert die Entwicklung und Umsetzung einer neuen Sicherheitspolitik, die eine strategische Strafverfolgung fördert, die sich auf die Verfolgung von Bandenführern auf höherer Ebene und die Untersuchung von Gewaltverbrechen konzentriert, sowie ein Vorgehen gegen die illegalen Wirtschaftszweige, die das Gedeihen dieser Gruppen ermöglichen, einschließlich Erpressung, Geldwäsche und Waffenschmuggel. Der Schlüssel dazu ist eine wirklich unabhängige Justiz.

Darüber hinaus sollte die Regierung ihre Bemühungen zur Verringerung der Bandenmitgliedschaft verstärken, indem sie Maßnahmen zur Beseitigung der strukturellen Ursachen ergreift, die Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, in die Banden treiben. Dazu gehören fehlende wirtschaftliche Möglichkeiten, soziale Ausgrenzung sowie eine missbräuchliche und unwirksame Sicherheitspolitik.

Die Regierung sollte auch aktuelle Programme wie die "Städtischen Zentren für Wohlbefinden und Chancen" (Centros Urbanos de Bienestar y Oportunidades, CUBO) ausweiten, die Gewalt verhindern sollen, indem sie die wirtschaftlichen und schulischen Möglichkeiten für Jugendliche in gefährdeten Gemeinden verbessert, und sie sollte Wiedereingliederungsprogramme für ehemalige Bandenmitglieder stärken.

Internationale Maßnahmen sind erforderlich, um die sich rasch verschlechternde Rechtstaatlichkeit des Landes zu schützen und weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Trotz seiner enormen Popularität in El Salvador ist Präsident Bukele nicht völlig immun gegen internationalen Druck.

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden und die Europäische Union sollten multilateralen Druck ausüben, auch von Regierungen in Lateinamerika, um die Aufmerksamkeit auf die Situation in El Salvador zu lenken, auch im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Ausländische Regierungen und internationale Finanzinstitutionen, insbesondere die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (CABEI), sollten alle bestehenden Darlehen oder Spenden an Regierungsstellen aussetzen, die direkt in Missbräuche verwickelt sind, einschließlich des Ministeriums für Justiz und öffentliche Sicherheit, der Nationalen Zivilpolizei, des Verteidigungsministeriums, des Gefängnisystems und der Generalstaatsanwaltschaft, und jede weitere Zusammenarbeit mit diesen Institutionen von deutlichen Fortschritten im Bereich der Menschenrechte abhängig machen.

Die US-Regierung hat positive Schritte unternommen, indem sie einige Finanzmittel von salvadorianischen Institutionen wie der Nationalen Zivilpolizei auf zivilgesellschaftliche Gruppen umleitete. Die Europäische Union hat ihre Finanzierung der Nationalen Zivilpolizei zugunsten des Bildungsministeriums umgelenkt.

Inzwischen hat die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration in den letzten Jahren umfangreiche Mittel für die Nationale Zivilpolizei, das Verteidigungsministerium, das Strafvollzugssystem und die Generalstaatsanwaltschaft bewilligt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts waren mehrere Mittel noch nicht ausgezahlt worden, und die Verantwortlichen der Bank erklärten, dass einige der Darlehen "neu formuliert" werden, um die Nationale Zivilpolizei, das Verteidigungsministerium und das Gefängniswesen als die mit der Ausführung der Mittel beauftragten Stellen zu ersetzen. Der Verwaltungsrat der Bank, der sich aus Vertretern zentralamerikanischer Regierungen sowie Mexikos, Taiwans, Argentiniens, Kolumbiens, Spaniens, der Dominikanischen Republik und der Republik Korea zusammensetzt, sollte die Programme davon abhängig machen, dass die salvadorianische Regierung konkrete Schritte unternimmt, um Folter, Todesfälle in Gewahrsam, gewaltsames Verschwinden und willkürliche Inhaftierungen zu verhindern und zu untersuchen.

Die ausländischen Regierungen sollten auch ihre Bemühungen zur Unterstützung unabhängiger Journalist*innen und zivilgesellschaftlicher Gruppen verstärken, die praktisch die einzige Kontrollinstanz für Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen in El Salvador bleiben.

Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Anstrengungen zur Unterstützung der Rechtstaatlichkeit in El Salvador verdoppeln und dazu beitragen, dass die Salvadorianer*innen vor abscheulichen Verbrechen von Banden, Menschenrechtsverletzungen und anderem Machtmissbrauch sicher sind.